

# Die Vision Europas stärken

Offener Brief von Christinnen und Christen zur Europawahl

„Gegen den Verlust des Politischen“ haben wir einen Offenen Brief überschrieben, mit dem wir uns im Sommer 2013 vor der letzten Bundestagswahl zu Wort gemeldet haben. Wir haben darin das Fehlen einer politischen Debatte in Deutschland beklagt und sie auch an der schleichenden Militarisierung unserer Politik und unseres Denkens festgemacht. Geradezu dramatisch bestätigt sich diese Einschätzung durch die andauernde Ukraine-Krise.

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Es entstand durch den Willen zur Versöhnung zwischen ehemals verfeindeten Staaten und Nationen. Europa möchte als eine Gemeinschaft wahrgenommen werden, die für Freiheit, die Verwirklichung der Menschenrechte, für solidarischen Abbau von Ungleichheit und die demokratische Partizipation seiner Bürger eintritt. Zur Erreichung dieser Ziele bedarf es eines zivilen friedenspolitischen Grundkonsenses in ganz Europa, der den Ungeist und die Praktiken geopolitischer Machtkonkurrenz überwindet und auftretende Konflikte durch einen konstruktiven Dialog zu lösen versucht. Gewaltfreie politische Mittel sind der angemessene Weg, Europa endlich als Zivilmacht zu entwickeln.

Dass diese Grundlagen gegenwärtig nicht gegeben, ja im Gegenteil sogar ernsthaft in Frage gestellt sind, zeigt die Krise in der Ukraine. Sie hat bei allen Beteiligten zu politischen Reaktionen und militärischen Schritten geführt, die eine Entspannung des Konfliktes zu erschweren drohen und die Grundlagen der europäischen Nachkriegsordnung gefährden. Ausgerechnet in dem Jahr, in dem an vielen Orten des Aus-

bruchs des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren gedacht wird, erlebt die europäische Gemeinschaft eine gravierende Herausforderung ihres Friedensprojektes. Wir bekräftigen, was Christen aus ganz Europa auf der Europäischen Ökumenischen Versammlung 1989 in Basel erklärt haben: „In unseren Ländern oder auf unserem Kontinent gibt es keine Situation, die einen Einsatz von Gewalt verlangen oder rechtfertigen würde“.

Im Kontext der aktuellen Krise um die Ukraine kommt es nun am 25. Mai 2014 zur Europawahl. Sie kann zu einer Richtungsentscheidung für die weitere Entwicklung Europas werden. In einer Reihe von Mitgliedsstaaten nutzen euroskeptische, rechtspopulistische und nationalistische Parteien die schon vorhandene Kritik an der Europäischen Union für ihre Ablehnung des Projekts einer europäischen Einigung. Sollten sie mit einem starken Votum aus der Wahl hervorgehen, könnten sie die Arbeit des Parlaments blockieren. Durch die Beteiligung an der Wahl und durch die eigene Wahlentscheidung kann diese Entwicklung aufgehalten werden.

Wir plädieren dafür, jene politischen Kräfte zu stärken, die für die Weiterentwicklung der Europäischen Union eintreten. Auch wenn das Europäische Parlament kein Mandat zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik hat, kann es einer Tendenz zur Renationalisierung der Mitgliedsstaaten dann am wirkungsvollsten entgegentreten, wenn es seine Rechte optimal wahrnimmt und sorgfältig nutzt. Wir sind besorgt über die Aushöhlung der europäischen Sozialcharta und dringen darauf, dass das Europäische Parla-

ment sein Mandat zur Einhaltung der europäischen Verträge erfüllt. Die sozialen Grundrechte dürfen im Zuge der aktuellen Krisenpolitik nicht aufgeweicht werden. Das umstrittene transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) muss im Parlament zustimmungspflichtig bleiben. Die Europäische Union darf nicht reduziert werden auf eine Freihandelszone mit dem vorrangigen Ziel, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene zu stärken. Die bisherigen Reaktionen auf die Finanzkrise und in ihrem Gefolge die Euro-Krise haben in Europa eine Situation zunehmender sozialer Ungleichheit entstehen lassen. Eine der Ursachen dafür ist die Umwandlung der Finanz- und Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise.

Die Hoffnung, dass die soziale Ungleichheit in Europa durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, d.h. innerhalb der marktwirtschaftlichen Logik, überwunden werden könne, hat sich schon in den 80er Jahren als Illusion erwiesen. Wir sollten inzwischen begriffen haben, dass als „Reformen“ deklarierte Programme der Strukturanpassung, wie sie von der so genannten „Troika“ den südeuropäischen Ländern auferlegt worden sind, allein die Probleme nicht lösen sondern verschärfen. Sie müssen ergänzt werden durch gezielte Programme der Investitionsförderung. Hier kann und sollte das neu gewählte Parlament als kritischer Gegenpol der Brüsseler Kommission agieren.

In der ursprünglichen Vision der Gründungsgeneration der europäischen Gemeinschaft waren wirtschaftlicher Wettbewerb und Freihandel Mittel, um

die Aussöhnung nationaler Gegensätze zu ermöglichen, aber niemals oberstes Ziel. Nach unserer Einschätzung befinden wir uns in einer Situation, wo die ausschließliche Orientierung an der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Krisenbewältigung dazu führt, dass die Grundlagen der europäischen Einigung untergraben werden. Deshalb halten wir ein Umsteuern in der Europapolitik für vordringlich, und sind überzeugt, dass eine Neubestimmung der langfristigen Ziele im Sinne der Formel „Solidargemeinschaft statt Staaten-Wettbewerb“ notwendig ist. Diese Neubestimmung der Ziele muss insbesondere auch die europäischen Positionen im Blick auf die Klimakrise und die Revision der bisherigen Flüchtlings- und Asylpolitik umfassen.

Die Stärkung der Vision Europas kann nur gelingen, wenn die Rolle Europas als ziviler Friedensmacht durch gezielte politische Initiativen unterstützt wird. Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union als ziviler Friedensmacht muss gegenüber Szenarien geopolitischer Machtkonkurrenz verstärkt werden. Waffenexporte dürfen nicht länger als ein Beitrag zur internationalen Friedenssicherung gerechtfertigt werden. Vielmehr muss auch auf europäischer Ebene eine strenge und transparente parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexporten eingeführt werden.

Die Europawahl am 25. Mai sollte als Chance für die Bürger der Europäischen Union wahrgenommen werden, sich die Vision Europas neu anzueignen und an der Neubestimmung der Ziele der Union mitzuwirken.

Unterzeichner: Heino Falcke, Erfurt – Joachim Garstecki, Magdeburg – Heiko Lietz, Güstrow – Ruth und Hans Misselwitz, Berlin – Konrad Raiser, Berlin – Gerhard Rein, Berlin – Hans-Jochen Tschiche, Satuelle

Berlin, 28. April 2014